

A2 Strukturelle Fragen

Antragsteller*in: Marc Kersten & Jenny Brunner

Tagesordnungspunkt: 2. Beschlussfassung Eckpunktepapier Obdachlosigkeit

Text

1 Strukturelle Fragen

2 Ein Problem nachhaltig zu lösen, erfordert belastbare Zahlen und Fakten: Deshalb
3 gilt es, das Phänomen der strukturellen Untererfassung von Obdach- und
4 Wohnungslosen methodisch und rechtssystematisch anzugehen.

5 Die Fachleute sind sich zudem einig: Ohne eine praktikable Regelung für
6 Geflüchtete und vor allem auch osteuropäische Arbeitsmigrant*innen, werden wir
7 Obdachlosigkeit nicht überwinden können. Denn letztere machen einen großen Teil
8 aller Obdachlosen aus und werden systembedingt von den meisten Angeboten nicht
9 erreicht. Das macht auch deutlich, dass eine Behandlung nach Gefahrenabwehrrecht
10 keine ausreichende und keine menschenwürdige Rechtsgrundlage ist. Insofern
11 klingt der Ruf nach humanitären und unbürokratischen Lösungen zwar gut und ist
12 verständlich, lässt aber die aus Sicht der Kommunen mangelnde Finanzierung sowie
13 die rechtliche Grauzone, in der sich Verwaltungsangestellte und Sozialarbeitende
14 oft bewegen, außer Acht.

15 Dass EU, Bundes- und Landesregierung einen höheren Anteil der Kosten übernehmen
16 müssen, steht außer Frage. Ein erster Schritt hierzu war der Stärkungspakt für
17 NRW. Doch selbst wenn wir es schaffen, die Kommunen auskömmlich zu finanzieren,
18 z.B. durch Anzapfen von Fördertöpfen, so steht uns immer noch der
19 Fachkräftemangel im Weg, der auch in der Sozialarbeit herrscht. Hier bietet sich
20 geradezu an, osteuropäische Fachkräfte anzuwerben, die hier auf die passende
21 Zielgruppe stoßen und ohne Sprachbarrieren arbeiten könnten.

22 Wer Obdachlosen helfen will, sollte dabei nicht auf Zwang setzen und über ihre
23 Köpfe hinweg nach Lösungen suchen, sondern mit ihnen auf Augenhöhe reden. Doch
24 hierfür müssen wir sie empowern, damit der bei anderen gesellschaftlichen
25 Gruppen übliche Selbsthilfedanke stärker zum Tragen kommt.

26 Um diese strukturellen Fragen anzugehen, planen und fordern wir:

27 - systematische Änderungen und Ergänzungen beim Wohnungslosenbericht der
28 Bundesregierung

29 - den Bundesgesetzgeber auf, die aus GroKo-Zeiten stammende Blockade der auch
30 sozialrechtlichen Freizügigkeit für Menschen aus anderen EU-Staaten zu
31 überdenken¹

32 - eine Ausweitung von Förderprogrammen zur wirtschaftlichen Entwicklung in
33 Rumänien, Bulgarien und Polen, um den Auswanderungsdruck zu senken²

34 - einen Ausgleichsfonds aus EU-Mitteln, der Länder mit hoher Netto-Immigration
35 stützt

36 - einen alternativen Finanzierungsweg für Kommunen, die auf freiwilliger Basis
37 humanitäre Hilfen und dauerhafte Unterbringungen bieten, in Kooperation von
38 Bund, Land und EU

- 39 - stärkere Integrationsbemühungen und leichterem Zugang zu Sprachkursen mit
40 Unterstützung der Jobcenter und unter Nutzung von EhAP-Plus-Fördermitteln³ der
41 EU
- 42 - eine Beratungsstelle im MAGS, um Kommunen bei der Beantragung von
43 Fördergeldern zur Seite zu stehen
- 44 - eine Stärkung und Ausweitung der sozialen Arbeit in der Obdachlosenhilfe durch
45 mehr Personaleinsatz
- 46 - Sozialarbeitende aus Osteuropa gezielt anzuwerben
- 47 - den Ausbau der Fremdsprachenkompetenz im Sozialarbeitsstudium
- 48 - Einführung eines auf Obdachlosen-Streetwork spezialisierten Studiengangs an
49 mindestens zwei NRW-Fachhochschulen und eine stärkere Berücksichtigung in allen
50 Sozialarbeitsstudiengängen
- 51 - ein Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeitende, um eine vertrauensvolle
52 Zusammenarbeit zu gewährleisten
- 53 - ein neues Wohnungslosenhilfegesetz mit dem wir das Gefahrenabwehrrecht
54 ergänzen, für eine menschenwürdige Behandlung und mehr Rechtssicherheit für
55 Verwaltungsangestellte sorgen wollen
- 56 - landesweite Mindeststandards⁴ für Einrichtungen des Obdachlosenhilfe
- 57 - Änderungen u.a. im § 67 SGB XII⁵, mit dem Ziel, innovative Projekte in die
58 Regelfinanzierung zu überführen
- 59 - eine Online-Plattform⁶ zur stärkeren Vernetzung der Kommunen mit
60 Orientierungshilfen anhand von Best Practices-Beispielen, wie dem Wichernhaus in
61 Dortmund
- 62 - eine Gleichzeitigkeit von Verbesserungen in allen Kommunen anzustreben, um
63 "Stadthopping" der Szene zu verhindern
- 64 - eine Aufnahme von Wohnungs- und Obdachlosen als benachteiligte Gruppe im
65 künftigen Landes-Antidiskriminierungsgesetz⁷
- 66 - ein weitestgehendes Verbot von obdachlosenfeindlicher (defensiver)
67 Architektur, durch Anpassung der Landesbauordnung oder Änderung des Straßen- und
68 Wegerechts
- 69 - Aufklärung zu Obdachlosigkeit an Schulen und mit Stadtführungen
- 70 - eine breit angelegte Imagekampagne unter Einbeziehung Betroffener, die
71 gängigen Klischeevorstellungen entgegenwirkt
- 72 - bessere Information über eigene Rechte und zustehende Leistungen

73 Fußnoten:

74
75 1 [Chronologie](#) der sozialrechtlichen Entscheidungen; eine [politische Bewertung](#);
76 [Arbeitshilfe](#) unter aktueller Rechtslage

77 2 ggf. im Rahmen des [Europäischer Fonds für regionale Entwicklung](#) (EFRE)

78

- 79 3 siehe [Europäischer Sozialfonds für Deutschland](#)
80
81 4 in Weiterentwicklung der [Empfehlungen zur Ausgestaltung der](#)
82 [ordnungsrechtlichen Unterbringung von obdachlosen Menschen](#)
83
84 5 siehe [SGB XII](#); [Landesausführungsgesetz](#) NRW; Richtlinien von [LVR](#) und [LWL](#)
85
86 6 in Weiterentwicklung vorhandener Hilfen/[Dokumente](#)
87
88 7 siehe [Gutachten](#) der Grünen LTF für ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz in NRW